

ARCHIVNI A STUDIJNI ODBOR

Doslo

Čj.

Přílohy

110-4/424

25 listů

Krab. 262.

ST M

IV. M - 69 /44.- 71/44.

IV. M - 71¹ - 71²/44.

Der Reichswirtschaftsminister

III EM - 201 342/44

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeldchen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

An den
Deutschen Staatsminister
für Böhmen und Mähren

Prag
Czerninpalais

Berlin G 2, den 15. März 1944
Neue Königstr. 27-37
Telef.: 52 00 18

19. MRZ. 1944 V. 001712

Deutsches Staatsministerium
für Böhmen und Mähren

Betr.: Sicherung des Arbeitseinsatzes für Ausfuhrfertigungen
(Ausfuhrbescheinigungen).
Ihr Schreiben vom 9.8.43
- V/1 - 7585/43 -
Mein Antwortschreiben vom 18.9.43
- V Ld 12/207 834/43.

Ihre Anordnung, auf Grund deren die von den Prüfungsstellen des Altreichs erteilten Ausfuhrbescheinigungen von den Arbeitseinsatzbehörden des Protektorats nicht mehr anerkannt werden, hat seitens des deutschen Handels, der seit Jahrzehnten Erzeugnisse des Protektorats im Ausland absetzt, wiederholt zu Vorstellungen geführt. Diese Handelsfirmen befürchten, ihre alten Geschäftsbeziehungen zu verlieren und von Handelsfirmen des Protektorats verdrängt zu werden.

Wie Sie mir seinerzeit mitteilten, war der Anlaß zu Ihrer Anordnung die Verschärfung der Arbeitseinsatzlage in Böhmen und Mähren infolge steigender Abgabe von Arbeitskräften in das übrige Reichsgebiet. Ich halte es jedoch für unbillig, wenn aus dieser allgemeinen Regelung den Handelsfirmen des Altreichs dadurch Nachteile erwachsen, daß die durch Ausfuhrbescheinigungen der Prager Vorprüfstellen arbeitseinsatzmäßig gesicherte Produktion künftig ausschließlich von Handelsfirmen des Protektorats im Ausland abgesetzt werden kann. Bei Aufträgen von Handelsfirmen des Altreichs zur Herstellung typischer Protektoratserzeugnisse handelt es sich auch nicht um Verlagerungsaufträge im üblichen Sinne. Ich bitte, hierfür grundsätzlich die gleiche Ausnahme zu bewilligen, die Sie Handelsfirmen des Sudetengaus zugestehen, deren Geschäftsbeziehungen zu den Herstellern schon längere Zeit bestehen, zumal das in Betracht kommende Fertigungsvolumen im Hinblick auf die Gesamtproduktion des Protektorats unbedeutend ist.

Ihrer baldigen Stellungnahme sehe ich entgegen. Ein in dieser Angelegenheit bei mir eingegangenes Schreiben des Gauwirtschaftsberaters der NSDAP, Gauleitung Hamburg, vom 11.2.44 - H I a/ G 287/44 -

1a

SD-LA Prag
-III D -

Prag, den 30.3.1944.

Urschriftlich:
An den
Chef des Ministeramtes beim
Deutschen Staatsministerium für Böhmen und Mähren
SS-Standartenführer Ministerialrat Dr. G i e s
P r a g.

Der anliegende Vorgang wird nach Kenntnisnahme und
Auswertung zurückgereicht.

i. A. *Wulfsberg*
SS-Hauptsturmführer.

An
SS-Standartenführer Ministerialrat Dr. G i e s
P r a g
nach Kenntnisnahme zurück

Adolf
Dr. Adolf

13.4.1944



14518

füge ich abschriftlich zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

Im Auftrag
gez. Dr. Kirchfeld.



Beurlaubt

Hell
Bret

Leitabschnitt Deag		Am
4064		24. MRZ. 1944
Beschreibung:		Hilfsgeld:

2a

1/44. ...

...

...

...

14617



Handwritten marks and numbers: a large 'X', '29/13', and other scribbles.

55/ 2 44

3

Abschrift!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gauleitung Hamburg

Der Gauwirtschaftsberater

An den

Hauptabteilungsleiter V
im Reichswirtschaftsministerium
Herrn Dr. Kirchfeld

Berlin C 2

Königstr. 27

Mein Zeichen: H I a/ G 287/44

Hamburg 13, 11. Februar 1944
Harvestehuderweg 11

Betr.: Ausfuhr aus dem Protektorat.

Lieber Parteigenosse Dr. Kirchfeld!

Der Hanseatische Ausfuhrhandel hat sich von jeher in bedeutendem Umfange mit dem Vertrieb von Protektoratswaren in auBerdeutschen Ländern, vornehmlich in Übersee, befaßt. Hierin ist auch keine Änderung eingetreten, als das Protektorat deutsch wurde. Eher ist das Gegenteil der Fall, weil die Hersteller im Protektorat bislang in vielen Fällen lieferfähiger waren als die reichsdeutsche Industrie.

Es wird mir nunmehr mitgeteilt, daß die Protektorats-Vorprüfstellen nur für solche Firmen Ausfuhrkennziffern erteilen können, die im Protektorat ansässig sind. Diese Maßnahme bewirkt, daß der reichsdeutsche Exporteur von seinem bisherigen Ausfuhrgeschäft in Protektoratswaren ausgeschlossen wird, da seine Exportaufträge keinen Arbeitsschutz mehr genießen. Die bisher von den Berliner Prüfungsstellen erteilten Ausfuhrbescheinigungen schließen den für die Protektoratsindustrie notwendigen Arbeitsschutz nicht mehr ein und sind deshalb in diesem Zusammenhang überflüssig geworden. Eine Übergangserleichterung soll lediglich insoweit zugestanden worden sein, als von reichsdeutschen Exporteuren gegebene Aufträge nur noch dann zur Ausführung gelangen dürfen, wenn sie vor dem 1. Dezember 1943 erteilt wurden und die Waren für devisenwichtige Länder bestimmt sind. - Als Grund für die neue Maßnahme wird angegeben, daß der Protektoratsregierung der Vorwurf gemacht werde, die Protektoratswirtschaft exportiere zu wenig. Da nun der indirekte Export der Protektorats-Industrie über reichsdeutsche Exporteure in der dortigen Statistik nicht als Export im eigentlichen Sinne,

4
sondern nur als Ausfuhr ins Reich erscheint, soll er unterbunden werden zugunsten der direkt exportierenden Protektoratsfirmen.

Ich darf Sie bitten dafür einzutreten, daß im Interesse des deutschen Exports der reichsdeutsche Ausfuhrhandel weiterhin die Möglichkeit erhält, den Vertrieb von Protektoratswaren im Auslande vorzunehmen. Dies sollte um so leichter möglich sein, als auch in anderen Fällen anerkannt worden ist, daß die indirekte Ausfuhr mit der eigenen Exportleistung gleichzustellen ist.

Mit freundlichen Grüßen und

Heil Hitler!

gez. Unterschrift.

17. JULI 1944

Vertraulich!
 Die Lage im Beherbergungswesen am 1.7.1944.
 (Vergl. Vorbericht vom 22.3.1944)

I. Die Gesamtlage hat sich weiterhin wesentlich verschärft. Eine Besserung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Bezeichnend für ähnliche Zustände in Teilen des übrigen Reichsgebietes ist das im Abdruck beigefügte Rundschreiben des Staatssekretärs für Fremdenverkehr vom 29.6.1944.

Die weitere Verschärfung der Lage ist vorwiegend durch folgende Umstände eingetreten:

- 1.) Die Bettenanforderung für Tagungen und Veranstaltungen hat weiterhin zugenommen. Während für diese Zwecke im Februar nur 1944 Bettentage, im März 3528 Bettentage in Anspruch genommen wurden, sind im Juni insgesamt 4023 Bettentage von IV/2 zur Verfügung gestellt worden.
- 2.) Die Waffen-SS hatte starken Zuzug durch Errichtung einer Junkerschule in Prag. Sie erbat zur ständigen Benutzung ca. 200 Hotelzimmer, die nach vielen Schwierigkeiten bereitgestellt werden konnten.
- 3.) Die Wehrmacht ist - ohne mich zu unterrichten - dazu übergegangen, in einer Reihe mittlerer und guter Hotels eine grössere Anzahl von Zimmern zu beschlagnahmen. Erhebungen sind noch im Gange. Dies hatte nicht nur zur Folge, dass uns plötzlich diese Zimmer in unseren Dispositionen fehlen, sondern führte auch dazu, dass manche Hotels bis zu 40 % mit Wehrmacht dauerbelegt wurden. Das Bedenkliche hierbei ist, dass die Wehrmacht auf Grund des Reichsleistungsgesetzes nur einen verhältnismässig geringen Preis zahlt, der in den A-Hotels teilweise unter der Hälfte des normalen Zimmerpreises liegt. Die dadurch entstehende wesentliche Einnahmемinderung für die betroffenen Hotelbesitzer führte zu begrifflichen Verstimmungen. Die Wehrmacht müsste deswegen veranlasst werden, sich mehr an die B- und C-Hotels zu halten. Noch besser wäre es, wenn solche Entscheidungen nur im

Einvernehmen

Einvernehmen mit IV/2 getroffen würden.

4.) Der Zimmerbedarf der Rüstungsindustrie hat stark zugenommen. Neben dem "Ambassador" stehen ihr noch ca. 30 Betten im "Imperial" und weitere Zimmer im "Šroubek" und "Astoria" zur Verfügung. Es handelt sich hierbei jedoch nur um vorübergehend Anwesende; die Unterbringung von Dauerbeschäftigten, deren Zahl auch ständig zunimmt, wird zusätzlich verlangt.

5.) Ebenso sind die Anforderungen des Films durch weitere Produktionsverlagerungen nach Prag erheblich gestiegen. Hiervon ist besonders auch das Hotel Alcron betroffen, das an sich zwar für prominente Gäste bestimmt ist; nur dürfte der Begriff "prominent" nicht so weit ausgedehnt werden, wie es jetzt häufig geschieht.

Zu 4) und 5) ist noch folgendes zu bemerken: Die der Rüstung und dem Film gestellten Hotels sind A-Hotels. Die Konzentrierung beider Sektoren hierauf bringt zwangsläufig mit sich, dass auch Monteure, Bühnenarbeiter usw. dort wohnen, was schon wegen der Kosten nicht in deren Sinne liegt. Auch hier müsste zusätzlich Raum in B- und C-Hotels geschaffen werden.

II. Dass diese Schwierigkeiten bisher überwunden werden konnten, ist nicht nur eine Folge der immer straffer durchgeführten amtlichen Lenkung des Fremdenverkehrs durch IV/2, sondern beruht auch auf dem vertrauensvollen Verhalten der Hotelbesitzer und der Wirtschaftsgruppe Gastgewerbe, die alle geforderten Massnahmen willig durchführen, obwohl diese Massnahmen meist unbürokratisch und improvisiert erfolgen müssen, oft unter Uebergehung zuständiger Instanzen und häufig ohne rechtliche Unterlagen, deren Schaffung kostbare Zeit erfordern würde.

Folgende weitere Massnahmen sind getroffen worden:

1. Spezialisierung weiterer Hotels: Es verfügen über das

- | | |
|----------------|---------------------------------|
| Hotel Palace: | IV/2 für das Deutsche Staats- |
| | ministerium |
| | (Die Uebernahme weiterer Hotels |
| | ist in Vorbereitung) |
| Hotel Tatra: } | das Stadtverkehrsamt für kurz- |
| Hotel Adria: } | fristige Mieter ; |
| Hotel Royal: } | |

das

das Hotel Imperial wird nach und nach ausschliesslich für die Unterbringung von Artisten und Musikern verwendet.

2. Bei Tagungen und Veranstaltungen werden 2-Bettzimmer grundsätzlich mit 2 Personen belegt, auch wenn diese einander fremd sind (Schlafwagenprinzip). Diese Massnahme hatte viele Proteste zur Folge.

Als weitere Massnahmen erscheinen wünschenswert:

4. Einrichtung von Klein-Pensionen in Grosswohnungen.

Maß.
Seit Jahren stehen in Prag Wohnungen leer, oft mehrere in einem Hause. Ihre Vermietung dürfte -aus hier nicht darzulegenden Gründen- in vielen Fällen auch in absehbarer Zeit nicht erfolgen. Schon wenn einige solche Wohnungen nur auf die Dauer von 6 Monaten hergegeben werden würden, liesse sich mit Hilfe des Einsatzstabes II eine Notmöblierung durchführen, die notfalls ebenso schnell wieder entfernt werden könnte. Die Verwaltung könnte Leuten übertragen werden, die anderweitig nicht mehr arbeitsfähig sind. Schon 10 solcher Wohnungen mit 6-8 Zimmern würden mindestens 70 Hotelzimmer von Dauermietern freimachen, also im Monat 2100 freie Bettentage in den Hotels bedeuten. Soll eine solche Wohnung vermietet werden, so ist sie schnell geräumt, da ein Mieterschutz für die Pensionsgäste nicht bestehen würde.

Diese Massnahme lässt sich jedoch mangels Zuständigkeit durch IV/2 nicht durchführen.

5. Das im Vorbericht angeführte Problem der Erfassung der möblierten Zimmer bleibt nach wie vor dringlich.
6. Das Hotel Stella mit .48. Betten ist seit längerer Zeit von der Kriminalpolizei als tschechisches Bordell eingerichtet worden. In Anbetracht des Hotelraum Mangels schlage ich Aufhebung dieser Massnahme vor.

2. H
III. In letzter Zeit häufen sich die Beschwerden der Hotelbesuchenden über schlechtes Verhalten der Gäste. Leider richten sich die Beschwerden ausschliesslich gegen Deutsche, die nun einmal bei weitem die Mehrzahl der Hotelfremden ausmachen.

Diese Beschwerden betreffen immer wieder dieselben Punkte:

1.

1. Ungehöriges und herausforderndes Auftreten unangemeldeter Personen, die kein Zimmer mehr erhalten, wobei häufig mit grosser Lautstärke der sog. "Herrenstandpunkt" gegenüber dem tschechischen Hotelier vertreten wird und Drohungen ausgestossen werden.
2. Andererseits werden in grossem Umfange von unangemeldeten Fremden Bestechungsversuche zwecks Erlangung eines Zimmers gemacht.
3. Nächtliche Gelage in den Hotelzimmern mit viel Lärm, die zur erheblichen Störung der Nachtruhe der anderen Mieter führen.
4. Besonders bedenklich ist die grob fahrlässige und böswillige Beschädigung des Hoteleigentums: Viele der länger wohnenden Hotelgäste pflegen zu kochen. Dies geschieht häufig ohne jede Rücksicht: Die Wände (Tapeten) werden mit Fett bespritzt und die Fussböden und Tische durch die Hitze der Kocher und überlaufendes Wasser beschädigt. So z.B. meldet das Hotel Palace die Totalbeschädigung eines wertvollen, mit Intarsien ausgelegten Tisches durch überkochendes Wasser. Glasplatten werden zerschlagen; Divandecken und Vorhänge werden zum Stiefelputzen und zum Abwischen schmutzigen und fettigen Kochgeschirrs verwendet. In Teppichen, Tischdecken und Bettüchern finden sich Brandlöcher von Zigarren und Zigaretten; Zwischentüren werden dadurch beschädigt, dass sie offenbar immer mit einem Fusstritt geöffnet werden u.a.m.

Dieses Verhalten deutscher Gäste stellt m.E. eine Kulturschande dar und ist geeignet, das Ansehen des Deutschtums erheblich zu schädigen. Besonders bedenklich ist es, dass diese Beschwerden ausschliesslich aus den A-Hotels kommen, in denen die sozial bestgestellten Gäste absteigen.

Die Uebelstände, die, wie ich ausdrücklich betonen möchte, von den Hoteliers nur zögernd und ausgesprochen zurückhaltend vorgebracht wurden, müssen m.E. radikal abgestellt werden.

Was

Was das Kochen in den Hotelzimmern anbetrifft, so kann man Verständnis dafür aufbringen, dass ein Dauermieter in Anbetracht der zumeist unzulänglichen Hotelkost hin und wieder selbst kochen möchte. Wenn sich dies in Grenzen hält und unter den Vorsichtsmassnahmen erfolgt, die jeder in seiner eigenen Wohnung anwenden würde, wird kein Hotelier Beschwerde führen. Grundlegende Abhilfe schafft m.E. hier nur die Einrichtung der oben erwähnten Kleinpensionen für Dauermieter, da zu jeder solchen Grosswohnung auch eine Küche gehört, die dann allen 6-8 Mietern zur Verfügung stehen würde.

Im übrigen muss aber, da die Hotelbesitzer zu offiziellen Meldungen kaum zu bewegen sind, anderweitig Abhilfe geschaffen werden. Die hierfür aufzuwendenden Mittel dürften den zu erwartenden Erfolg bei weitem rechtfertigen. Für die Prager A-Hotels dürften 2-3 Beamten der Stapo oder deutschen Kripo, die gelegentlich zu unvermuteten Kontrollgängen zur Verfügung stehen müssten, vollauf genügen, zumal eine solche Massnahme sich bald herumsprechen würde. Gegen die Täter müsste allerdings mit scharfen Massnahmen vorgegangen werden. -

IV. Weitere Massnahmen allgemeiner Art.

1. Schaffung eines ständigen Beirats aus den Hotelbesitzern.

Wie schon oben bemerkt, haben die Hotelbesitzer in ständig steigendem Masse Vertrauen gefasst, da sie erkannt haben, dass unsere Massnahmen auch in ihrem eigenen Interesse liegen. Sie befolgen willig alle Anordnungen; darüber hinaus haben einige schon ausdrücklich gebeten, ihr Hotel, insbesondere die Zimmerabgabe, der ausschliesslichen Weisung von IV/2 zu unterstellen. Der Hotelbeirat wäre geeignet, dieses Verhältnis zu vertiefen, die Verantwortung des Einzelnen zu erhöhen und den Einfluss auf solche zu verstärken, die noch immer Aussenseiter sein wollen.

2. Grössere Beweglichkeit der 7-Tage-Verordnung; z.B. Beschränkung auf weniger Tage für bestimmte Zeiträume, die besonders in Anspruch genommen sind.

3. Kontrolle auch derjenigen Gäste, die weniger als 7 Tage bleiben

bleiben, auf den Zweck ihrer Reise. Dies muss jedoch grosszügig gehandhabt werden.

4. Abgabe der Durchlassscheine für Aufenthaltsdauer, damit geprüft werden kann, welche Stellen solche Scheine besonders leichtfertig ausstellen.

W. J. J. J.

d.
H.

1) Herrn a. Salles
gegen Rückgabe mit 3 Monaten
Kautions.

M. F. P.

2) der dem Dr. am 10. V. 1944 bei
dem Anlegen eines **Wiederoorgelegt** am 30.8.44
30.10.44

Le 21

24 2. 44



Der Staatssekretär für Fremdenverkehr

Berlin, den 29. Juni 1944.
Behrenstr.14/16.

im

Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda

FV 12410/16.12.43/92-1,11.

An

die Obersten Reichsbehörden.

Betrifft: Abhaltung von größeren Tagungen in Fremdenver-
kehrsgemeinden.

Es war bisher üblich, als Orte für größere Tagungen und Besprechungen Fremdenverkehrsgemeinden zu bestimmen. Wie bekannt, ist der gewerbliche Beherbergungsraum in den Fremdenverkehrsgemeinden weitgehendst für öffentliche Zwecke der Wehrmacht, der Kinderlandverschickung, für Verlagerung von Krankenhäusern und dergleichen in Anspruch genommen. Der verbleibende Rest ist für den kriegswichtigen Erholungsreiseverkehr (Fronturlauber, Rüstungsindustrie, Kranke usw.) vorbehalten. Für den Durchreiseverkehr steht nur eine ganz geringe Anzahl Betten bereit.

In der Regel ist es deshalb nicht möglich, in Fremdenverkehrsgemeinden größere Tagungen oder Besprechungen abzuhalten, weil die Teilnehmer nicht untergebracht werden können. Das gilt für Orte des Erholungsverkehrs ebenso wie für größere Städte und insbesondere für Berlin, das durch den letzten Luftangriff eine solche Verringerung der Bettenzahl erfahren hat, daß der allgemeine Passanten- und Berufsverkehr nur mit Schwierigkeiten bewältigt werden kann. Ich bitte deshalb, künftig möglichst von der Anberaumung von Tagungen und Besprechungen abzusehen, vor allem dann, wenn es sich um Tagungen mit mehr als 20 Teilnehmern handelt. Sollte sich die Abhaltung einer Tagung an einem der in Frage kommenden Orte aus besonderen Gründen nicht umgehen lassen, so bitte ich, Anweisung auch an die nachgeordneten Dienststellen zu geben, sich bei einer Tagung mit mehr als 20 Teilnehmern vorher rechtzeitig des Einverständnisses der örtlichen Fremdenverkehrsstelle, die nach meinen Weisungen über den gewerblichen Beherbergungsraum verfügt, zu versichern und dabei vor allem

festzustellen,

festzustellen, ob diese Stelle sich imstande erklärt, die
sämtlichen Teilnehmer der Tagung unterzubringen.

Heil Hitler!
gez. Hermann Esser.



Beglaubigt:
Bittmann
Kanzleiangestellte.

Prag, den 22. März 1944

1) *Wolfgang Oberbürgermeister*
 Herr Dr. G. von Frankenburg
 in Person, persönlich, Luftkrieg

Betrifft: Schwierigkeiten im Beherbergungsgewerbe.

I. Vermerk:

A. Die Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Hotel-fremden sind besonders in Prag lawinenartig angewachsen. Zur Zeit ist es nicht selten, dass bis zu 100 Fremde täglich in Prag ohne Unterkommen sind und in Hotelhallen usw. sitzend die Nacht verbringen müssen.

Die Gründe dieser Schwierigkeiten sind in Verschiedenem zu suchen: Gegenüber ^{einer} seit 1939 noch verkleinerten Zahl von Hotels steht erstens die Tatsache einer ununterbrochenen Zuwanderung nach Prag. Diese Zuwanderung ist bedingt durch die Vergrößerung der Wehrmachtsdienststellen, der Behörden und insbesondere -etwa seit August 1943- durch die infolge des Luftkrieges ständig zunehmende Verlagerung von Produktionsstätten, Gewerbebetrieben usw. nach Prag. Da die Zugewanderten vom Wohnungsmarkt seit langem nicht mehr aufgenommen werden können, belasten sie die Hotels. Zum zweiten zeigt sich seit geraumer Zeit das Bestreben, Besprechungen, Tagungen und andere Veranstaltungen in Prag abzuhalten, was im wesentlichen auch durch den Luftkrieg bedingt ist.

Zum dritten werden die Hotels durch Leute belastet, die zwar mit hinreichenden Gründen nach Prag kommen, nach Fortfall dieser Gründe aber in Prag mehr oder weniger lange Zeit verbleiben.

- B. Die behördlichen Massnahmen zur Milderung dieses Zustandes müssen in drei Richtungen gehen:
1. Verminderung der Zahl der Dauermieter soweit wie möglich.
 2. Verhinderung unerwünschten, d.h. nicht kriegswichtigen Zustroms,
 3. Lenkung des kriegswichtigen Zustroms.

1.

St. M. W. M. - 70/44

1) Verminderung der Zahl der Dauermieter.

a) Zu diesem Zweck erging zunächst die Reg.V.O. vom 31.12.43 - sog. 7-Tage-Verordnung. Diese ermöglichte bisher in gewissem Umfange eine Auskämmung überflüssiger Hotelinsassen. Der Erfolg entsprach aus drei Gründen nicht ganz den Erwartungen. Erstens macht die Überprüfung der für die Bewilligung einer weiteren Verlängerung vorgebrachten Gründe auf ihre Stichhaltigkeit erhebliche Schwierigkeiten, ^{da} die von den Antragstellern vorzulegenden Unterlagen nicht immer kontrollierbar sind, zweitens stellte sich heraus, dass viele Fremde nach 7 Tagen in ein anderes Hotel übersiedelten und so die V.O. umgingen, und drittens weigerten sich in einer Reihe von Fällen Leute, denen eine Verlängerung nicht bewilligt wurde, auszuziehen, ohne dass der Hotelwirt - aus falsch verstandenen "Kundendienst" - dagegen einschritt.

Folgende Gegenmassnahmen werden ergriffen: zu

1) sollen die Zentralverbände für Industrie, Handel und Handwerk insoweit eingeschaltet werden, als ihre Wirtschaftsgruppen die Notwendigkeit des Aufenthalts des Antragstellers bescheinigen müssen; zu 2) wird eine Erweiterung der polizeilichen Meldevorschriften durchgeführt, wonach in einer besonderen Kartei sofort zu erkennen ist, wenn ein Fremder von einem Hotel in ein anderes zieht; zu 3) wurde, da es sich bei den renitenten Gästen ausschliesslich um Deutsche handelt, die Hilfe der deutschen Kriminalpolizei nachgesucht und zugesagt.

Zum Bewilligungsverfahren selbst sei bemerkt, dass die Entscheidung über die Verlängerung des Hotelaufenthaltes zunächst mit Vorbedacht dem Ministerium für Volksaufklärung übertragen wurde, das in unklaren Fällen die Entscheidung dem Generalreferat IV/2 abzutreten hatte. Nur dadurch war es möglich, zunächst einmal einen gewissen Überblick über die "Dauermieter" zu erhalten. Nachdem diese ^{Prüfung} nunmehr erfolgt ist, wird das Bewilligungsverfahren wie folgt neu geregelt:

Die Bewilligung wird - mit Ausnahmen für Prag - den Bezirkshauptmännern - RAV - übertragen; ihrem Ermessen

soll unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse weitgehender Spielraum gelassen werden.

In Prag verbleibt die Bewilligung dem Ministerium für Volksaufklärung. Das Verfahren wird dadurch vereinfacht, dass die Einzelanträge nach Formular gestellt und von den Hotelleitungen gesammelt täglich abgeliefert werden. Von IV/2 werden täglich im Ministerium für Volksaufklärung die Anträge stichprobenmässig durchgesehen und gegebenenfalls zur eigenen Entscheidung zurückbehalten.

- 320
WB
- b) Ein erheblicher Kontingent der Dauermieter stellt die Wehrmacht. Eine für Anfang Dezember 1943 aufgestellte Statistik ergab in Prag eine Gesamtzahl von 1210 durch Dauermieter belegte Zimmer. Hiervon nahm die Wehrmacht und Waffen- $\frac{1}{4}$ 277 Zimmer ein, also fast ein Viertel, und im wesentlichen in A und B-Hotels. Diese 277 Dauermieter setzten sich wie folgt zusammen: 96 Offiziere im Range bis zum Hauptmann, 44 Stabsoffiziere, 66 Beamte im Offiziersrang und Sanitätsoffiziere, 71 Unteroffiziere und Mannschaften. Diese Zahlen dürften inzwischen noch gestiegen sein. Hinweise an die zuständigen Wehrmachtsdienststellen waren bisher ohne Erfolg; insbesondere wurde auch der Anregung, wenigstens die jüngeren Offiziere zu je zweien zusammenzulegen, bisher nicht entsprochen.

Insoweit ist m.E. ein Schreiben des Herrn Staatsministers an den Wehrmachtsbevollmächtigten erforderlich.

- c) Der weitaus grösste Teil der Dauermieter setzt sich aus Beamten und Angestellten der Behörde und grossen Firmen zusammen. Diese Leute wohnen in normalen Zeiten in möblierten Zimmern, allenfalls in Pensionen, da der Hotelaufenthalt eine starke finanzielle Belastung für sie bedeutet. Sie sind zum Überwiegenden Teil bereit, sofort auszuziehen, falls ihnen ein Zimmer nachgewiesen wird.

Die Stadt ist jedoch z.Zt. nicht in der Lage, auch nur eine annähernd ausreichende Zahl geeigneter Zimmer zur Verfügung zu stellen. Sie hat zwar bei der Aktion gegen Grosswohnungen ca. 1000 Zimmer festgestellt, muss aber diese Zimmer für den Sonder-

16

92

fall zurückbehalten. Hinzu-kommt, dass die Besitzer dieser Wohnungen keineswegs gewillt sind, ihre überzähligen Zimmer freiwillig abzugeben. Sie machen, wie ich im Falle Duisburg feststellen musste, grösste Schwierigkeiten, lehnen die Möblierung ab und sind bereit, jeden Zwangsmieter binnen kurzem hinauszu-ekeln.

kontrollieren

Der übrige Markt der möblierten Zimmer ist der behördlichen Regelung und Kontrolle entzogen.

Wohnungsamt

Hier erscheint mir notwendig, entsprechend der Regelung mit Wohnungen auch den Markt der möblierten Zimmer zu erfassen und zu regeln. Die möblierten Zimmer müssen anmeldepflichtig gemacht werden; ihre Belegung muss nach Dringlichkeitslisten durch das Wohnungsamt erfolgen. Wilde Vermietung ist unter Strafe zu stellen. Zu prüfen ist ferner, ob nicht aus der Aktion "Grosswohnungen" ab sofort ca. 200 geeignete Zimmer zur Verfügung gestellt werden können.

Ferner würde es eine merkliche Entlastung bedeuten, wenn einige leerstehende Judenhäuser oder -villen als Pensionen eingerichtet würden. M.E. müsste sich dies mit Hilfe des Einsatzstabes in kurzer Zeit durchführen lassen. Diese Pensionen könnten für anspruchsvolle Dauergäste zur Verfügung stehen und würden so einen ansehnlichen Zins einbringen. Besonders wünschenswert wäre es, wenn sich die Wehrmacht hierbei beteiligen und "Offiziersheime" errichten würde.

WB

Ohne solche Massnahmen ist die Frage der Dauermieter nicht zu lösen. Z.Zt. findet lediglich eine Umquartierung der Dauermieter aus den Hotels der Innenstadt in die Randbezirke statt, um dem durchgehenden Fremdenverkehr die Innenstadt freizuhalten.

- 2.) Verhinderung unerwünschten, d.h. nicht kriegswichtigen Zustroms.
- a) Stärkste Belastung bringen hier die Tagungen, Schulungskurse usw., die in steigendem Masse nach Prag verlegt werden. Während z.B. im Februar 1944 neun Veranstaltungen stattfanden, die insgesamt 1944 Bettentage in Anspruch nahmen, wurden für März bereits 13 grössere Veranstaltungen angemeldet, die 3528 Bettentage benötigen. (Dies sind lediglich die Veranstaltungen, die ihre Zimmerbestellungen über IV/2 vornahmen; die anderen konnten

statistisch nicht erfasst werden).

Besondere Schwierigkeiten entstehen noch dadurch, dass diese Tagungen von den beteiligten Stellen zumeist angesetzt werden, ohne dass die Unterbringungsmöglichkeiten auch nur annähernd geprüft worden sind. Dadurch entstehen Überschneidungen, die unter Umständen geeignet sind, zeitweilig den gesamten übrigen kriegswichtigen Fremdenverkehr lahmzulegen.

Als einzige regulierende Massnahme besteht z.Zt. die Weisung an die Hotels, grössere Zimmerbestellungen nur dann anzunehmen, wenn eine ausdrückliche Weisung von IV/2 vorliegt. Erforderlich wäre jedoch eine Weisung des Herrn Staatsministers an alle Abteilungen und nachgeordneten Dienststellen, erstens Tagungen usw. auf ihre Kriegswichtigkeit schärfstens zu prüfen und notwendige Tagungen, insbesondere, wenn solche Wünsche aus dem übrigen Reichsgebiet kommen, nach Möglichkeit nicht nach Prag zu legen, und zweitens bei in Prag unbedingt notwendigen Tagungen vor ihrer Festlegung den Zeitpunkt unter Angabe der Teilnehmerzahl mit IV/2 abzusprechen.

- b) Auch an kurzfristigen Unterbringungen ist die Wehrmacht entsprechend ihrer Zahl - stark beteiligt.

Da die vorhandenen Übernachtungsheime der Wehrmacht nicht mehr ausreichen, sind von der Wehrmacht in einer grösseren Anzahl Hotel je 4 - 6 Zimmer für den Durchgangsverkehr beschlagnahmt worden. Hiergegen lässt sich nichts einwenden.

Bedenklich sind jedoch die wöchentlich erfolgenden Beschlagnahmen von mehreren hundert Betten für jeweils Samstag-Sonntag für die Milowitzer Offizierschüler u.ä. Dass es sich hier durchaus nicht immer - wie seitens der Wehrmacht angegeben wird - um Versetzungsreisen handelt, liegt auf der Hand. Bei allem Verständnis für das Zerstreungsbedürfnis der Soldaten erscheint mir hier jedoch eine wesentliche Einschränkung erforderlich, die dem WBv. nahegelegt werden müsste. Erschwerend kommt hinzu, dass die Beschlagnahmen meist ganz kurzfristig erfolgen und schon mehrfach wichtige Dispositionen gestört haben.

18

Ausserdem beschaffen sich täglich zahlreiche Wehrmachtsangehörige selbst Zimmer, die ausserhalb der Wehrmachtkontrolle liegen. Die Hoteliers wagen es nicht, solche Wünsche abzulehnen. Um auch hier eine Regulierung zu treffen, war zunächst mit der Kommandantur abgesprochen worden, dass sämtliche Wehrmachtsangehörige, die im Hotel übernachten wollen, nur dann Aufnahme finden dürfen, wenn sie sich einen Zuweisungsschein bei der Kommandantur oder den Bahnhofswachen beschafft haben. Diese Vereinbarung wurde jedoch, ehe sie in Kraft trat, seitens der Wehrmacht wieder rückgängig gemacht, da es einerseits am Personal fehle und andererseits eine Abwanderung der "illegalen" Urlauber in Privatquartiere zu befürchten sei.

WB

3.) Lenkung des kriegswichtigen Zustroms.

Um dem ständig steigenden Bedarf kriegswichtiger Betriebe entsprechen zu können, erwies sich die behördliche Lenkung des Bedarfs als immer notwendiger. Sie wird durch IV/2 über die Wirtschaftsgruppe Gastgewerbe vorgenommen.

Die ersten Massnahmen betrafen den Film, der aus Luftkriegsgründen einen wesentlichen Teil seiner Produktion nach Prag verlagert hat. Versuchsweise wurde hier das Hotel "Flora" als Filmhotel zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurde die Zimmernachweisstelle Film geschaffen, ohne deren Zuweisungsschein kein Filmschaffender ein Hotelzimmer erhalten kann. Die Nachweisstelle ist gleichzeitig verantwortlich für die Dauer des Aufenthaltes jedes Filmschaffenden. Inzwischen war auch der Anspruch der Rüstungsindustrie sprunghaft angestiegen. Dr. Adolf verlangte zunächst täglich 15 Zimmer, dann 50, und schliesslich 150 ! Die Vordringlichkeit seines Anspruchs ist unbestreitbar. Da es aber eine ungeheure Verwaltungearbeit bedeuten würde, täglich 150 Zimmer in den verschiedensten Hotels sicherzustellen, wurde - mit Rücksicht auf die guten Erfahrungen im Falle Film - dem Rüstungsobmann das Hotel Ambassador zur Verfügung gestellt, das nun durch das Büro Dr. Adolf, ähnlich wie beim Film, in Selbstverantwortung für Dringlichkeit und Dauer belegt wird. Es sei bemerkt, dass es sich weder beim "Film" noch beim "Ambassador" um Beschlagnahmen handelt; freigebliebene Zimmer stehen natürlich der Allgemeinheit zur Verfügung. (Für die Konzentrierung der Rüstungsvertreter in einem Hotel sprechen u.a. auch Abwehrgründe.)

Weitere Konzentrierungen werden in ähnlicher Weise erfolgen müssen (Rundfunk, Behörden usw.) Die Freizügigkeit im Hotelgewerbe wird zwar dadurch stark eingeschränkt; aber auch der Hotelraum ist z.Zt. eine Mangelware, die bewirtschaftet werden muss. Diesem in Anbetracht des Kriegsgeschehens geringfügigen Nachteil stehen erhebliche Vorteile gegenüber: nicht nur ist für die Unterkunft des in kriegswichtigen Angelegenheiten Reisenden mit Sicherheit gesorgt, auch wenn er vorübergehend auf sein "Stammhotel" verzichten muss, sondern auch die unumgänglich notwendige Verwaltungsarbeit der verantwortlichen Behörde wird durch diese Konzentrierungen auf ein Mindestmass herabgesetzt.

Sonstige Massnahmen.

- Bds*
- 1) Einrichtung von Stapo-Hotelstreifen, ähnlich den Wehrmacht-Hotelstreifen. Diese haben zwei Aufgaben :
 - a) Kontrolle der Gäste auf ihre Tätigkeit, auf Einhaltung der festgesetzten Beherbergungsfrist usw.,
 - b) Kontrolle des Personals, das kriegsbedingt stark verschlechtert ist und zu Unredlichkeiten in jeder Hinsicht neigt.
 - 2) Errichtung von Notbettenräumen in allen A und B-Hotels. Für diesen Notbettenraum muss jedes Hotel ein grösseres Zimmer zur Verfügung stellen, in dem 10 - 15 Betten - militärisch angeordnet - Platz haben. Sind als Ausweichräume für besondere Anforderungen gedacht.
 - 3) Bekämpfung der Ungeziefer-Plage, die mehr und mehr zunimmt und schon ausgesprochen gute Hotels ergriffen hat. Gründe hierfür sind: Mangel an Reinigungsmitteln, verstärkte Einschleppung durch Gäste, ständige Überbelegung der Hotels, die es nicht möglich macht, gelegentlich eine Reihe von Zimmern vom Verkehr auszunehmen und zu vergasen, und vor allem der grosse Mangel an Hauspersonal für die tägliche Reinigung. Insoweit schweben Verhandlungen mit dem Arbeitsamt.

II. Herrn
Abteilungsleiter
vorgelegt.

Woo 24/13

W. J. ...

6.51

Ministeramt
17. JULI 1944

157.44.19a

Grafener!
H. Waller.

Sehr geehrte Herr Grafener!
Ihre Anfrage vom 14. Juli ist
beantwortet.

-/a c s

~~Eingegangen
Abteilung
12. VII. 44~~

771 2. 44



86061

20

12. März 1945.

St.M. IV M - 71 b/44.

Verhalten des Präsidenten Rukwied.

Dort. Schreiben vom 21.2.d.Js. - Zeichen 94-Kr/Jk-45 an Präsidialchef Obersektionsrat Kraus.

13.

- 1.) An Herrn
Friseurmeister Kraus,
Prag II,
Smetschkagasse 22.

Die einschlägige Angelegenheit wurde einer Nachprüfung unterzogen und nach ihrem Abschluß Präsident Rukwied darauf hingewiesen, daß er im Verkehr mit dem Publikum unter allen Umständen die Anstandsformen zu wahren habe.


Heil Hitler!

Ministerialrat.

2.)

13. III 1945

2.) Durchschrift an
44-Brigadeführer Bertsch

auf die dort. Zuschrift vom 5.3.d.Js. -  ne
Zeichen zur Kenntnis.

44-Standartenführer.



14537

3.) Z.d.A.

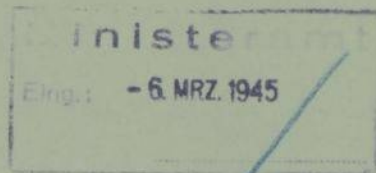
Ministerialrat

44-Brigadeführer Dr. B e r t s c h

Prag, den 5. März 1945. 21

An

44-Standartenführer Dr. G i e s .



1 Anlage.

Mit Herrn Präsident Rukwied habe ich heute, wie vereinbart, gesprochen. Er bedauert, dass er das fragliche Wort gebraucht hat, das sich aber in keiner Weise auf die bei ihm vorsprechenden Herren bezogen habe. Er wird sich künftig bei derartigen Besprechungen stärker zurückhalten. Wie er und sein Mitarbeiter Dr. jur. Baumgartner mir erklärten, seien sie von dem Beschwerdeführer sehr gereizt worden.

St. M. IV M - 71 6/44

22

Leopold Kraus,
Mitglied des Präsidial-
ausschusses des ZVHw.

94-Kr/Jk-45

Herrn

Präsidialchef Kraus
im Ministerium für Volkswirt-
schaft

Prag III, Waldsteingasse 10.

den 21. Feber 1945.

Bezugnehmend auf die telefonische Rücksprache mit
Ihnen gebe ich Ihnen wunschgemäß von einem Vorfall schrift-
lich Kenntnis, der meines Erachtens geeignet ist, das Ansehen
deutscher Dienststellen empfindlich zu schädigen.

Damit Sie den Sachverhalt besser verstehen, teile
ich Ihnen vorerst mit, dass der Verband der Genossenschaften
der Friseur, welcher seine Kanzleiräumlichkeiten in Prag II,
Wenzelsplatz 43 hat, von A. H. Raubwirtschaftskommission
mit Termin 28.2.49 gekündigt wurde. Gegen diesen Entscheid
wurde seitens des ZVHw eine Eingabe gemacht, gleichfalls wurde
auch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit um Unterstützung
gebeten, damit die handwerklichen Verbände aus ihren derzeitigen
Kanzleiräumen nicht gekündigt werden, damit die jetzt im
Handwerk laufenden wichtigen Aufgaben keine Störung erfahren.
Die Räumlichkeiten, welcher der Verband der Genossenschaften
der Friseur innehat, sind wohl ursprünglich vom Erbauer als
Wohnung gedacht gewesen, aber von allen Anbeginn an nie als
Wohnung benützt worden. Im ganzen Haus befinden sich keine
Wohnungen. Würden jetzt diese Räume als solche Verwendung
finden, so wäre damit ein grösserer Verbrauch an Kohle erforder-
lich / Heizung am Sonntag, abends /, abgesehen davon, dass
diese Räume einen Mietszins von 32.000 K erfordern.

Diese sachlichen Gründe bewegten mich, bei Herrn
Präsidenten Rukwiet persönlich vorzusprechen. Ich begab mich
am 21. Feber 1945 in Begleitung des Herrn Fiala, Sekretär
und Hausverwalter der Gewerbebank in Prag zu Herrn Präsidenten
Rukwiet. Die Art und Weise, wie uns dieser Herr Rukwiet
empfieng, ist kaum wiederzugeben. Der Ausdruck unhöflich und
grob dafür ist gelinde. Gleich beim Eintritt empfieng er uns
schreiend: "Was wollen Sie, kurz, kurz, meine Herren!",
worauf Herr Sekretär Fiala logischerweise eingeschüchtert sei-
ne Bitte als Hausverwalter vorbringen wollte, worauf er ihm
auch sofort vorhielt, wie er sich erlauben kann, ihn telefonisch
anzurufen und bezeichnete dies als unerhört. Darauf sprach

44. Feber 45
Gentelsch
gegen die
gabe mit der
Lieser ein
Lieser

28/2 45

St. M. 11 46 - 171 a / 44

Herr Rukwiet in der gleichen Tonart weiter und brachte folgenden Satz in Anwendung: "Da könnte ja schon jede Hure dazukommen und Einwendungen erheben", worauf ich als Vorsitzender unseres Handwerks ihm nur Antwort gab, dass ich wohl keine Hure wäre, ich mir aber trotzdem erlaube ihn zu bitten, dass er mir einige Minuten seiner Zeit schenke und sich dieser Angelegenheit annehme. Dies geschah alles stehend, da wir nicht zum Sitzen aufgefordert wurden. Der Ton war weiter dauernd schreiend, sodass man sich hätte als beschimpfte Schuljungen vorkommen können.

Auf den Hinweis, dass unsere Verbände ja die Kontingentierung von allen bewirtschafteten Rohstoffen durchzuführen haben und dazu die notwendigen Räume benötigen, erwiderte er, es ginge ihm nichts an, wir mögen eben einige Preiseurgeschäfte stilllegen und uns somit Räume verschaffen, worauf ich erwiderte, dass diese Angelegenheit bereits Anlass zu Verhandlungen beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit war und nicht hierher gehöre. Gleichfalls wurde von Herrn Fiala darauf hingewiesen, dass in Prag noch eine ganze Anzahl von Wohnungen nach Juden unbenutzt steht und er führte dazu als Beweis das Haus an, wo er wohne, wo eine 4-Zimmerwohnung nach einem Juden bereits 3 Jahre leer stehe, worauf Präsident Rukwiet ein Mädchen rief und dies sofort notieren liess. Dabei verwendete er die Bezeichnung "der deutsche Jude", worauf ich mir als P.g. erlaubte zu bemerken, dass ich keine "deutschen Juden" kenne, sondern nur "Juden", worauf er sagte, dass er damit einen Juden gemeint habe, der deutscher Staatsangehörigkeit meine, worauf ich es wiederum notwendig hielt, kurz zu erwähnen, dass es auch solche nicht gäbe. Gleichfalls wurde von mir darauf hingewiesen, dass die heutige Wohnungsknappheit vollkommen rechtfertigen würde, wenn man sich mehr um diese grossen Wohnungen mit 6 - 7 Zimmern interessieren würde, welche nicht genügend ausgenutzt sind und sagte dazu wörtlich, dass ich, wenn ich mit der Raumbewirtschaftung etwas zu tun hätte, dies mit der me eigenen Gründlichkeit angehen würde und vielleicht auch Spaziergänge in die Häuser am Quainfer unternehmen würde, worauf einer der anwesenden Herren, vermutlich Herr Dr. Baumgartner sagte: "Sind Sie doch nicht so feig und geben Sie uns solche Häuser resp. Wohnungen an!" Daraufhin fühlte ich mich gezwungen, die Beschuldigung der Feigheit scharf als unpassend und beleidigend zurückzuweisen. Ich sagte, dass ich nicht hierhergekommen bin als Angeber und auch nicht in den Diensten der Raumbewirtschaftungsstelle stehe, sondern als Bittsteller und ehrenamtlicher Funktionär des Handwerks für die Interessen desselben.

Es erscheint unglaublich, dass Funktionäre der Wirtschaft und Parteigenossen bei deutschen Dienststellen ohne Grund eine Behandlung erfahren, die ausgesprochen als grob und beleidigend anzusprechen ist. Und wenn dies im Beisein von Protektorate Angehörigen sich vollzieht, so kann es kein Wunder nehmen, wenn das Ansehen deutscher Dienststellen durch unverantwortliche Leiter Abbruch leidet.

Ich hoffe, mit diesem meinem Bericht der deutschen Sache gedient zu haben und bitte Sie, denselben nur als solchen aufzufassen.

Heil Hitler!

44/1054 - 2/1

Geheim

14. VII. 1944

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Sofort auf den Tisch!

Herrn Fischer.

Der Herr Staatsminister hat mich beauftragt, Ihnen den angeschlossenen Vorgang mit der Weisung wieder zuzuleiten, noch die Stellungnahme von H-Oberführer Dr.Bertsch und von Generaldirektor Dr.Adolf beizuziehen. Ich bitte um die entsprechende weitere Veranlassung und mache gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Herr Staatsminister den Wunsch hat, Sie möchten nur solche Vorgänge zur Entscheidung vorlegen, die erschöpfend bearbeitet sind und bei denen sich sämtliche beteiligten Stellen bereits geäußert haben. Ich wäre dankbar, wenn Sie in Hinblick diesem Wunsch Rechnung tragen würden.

2.) Z.d.A.



BÖHMISCH-MÄHRISCHE
MASCHINENFABRIKEN A. G.

GENERALDIREKTION

Dr.-Ing. Ernst P o h l
Wehrwirtschaftsführer

Prag X., den 29.8.1944.

Ministeramt

Empf.: 30. AUG. 1944

An den
Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren
SS-Obergruppenführer K.H. F r a n k ,

P r a g
Czernin-Palais.

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Nachdem ich nunmehr seit über zwei Wochen die Leitung der Böh-
misch-Mährischen Maschinenfabriken A.G. inne habe und mir einen
Ueberblick über die inneren Verhältnisse des Unternehmens ver-
schaffen konnte, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, dass ich
umgehend eine Aenderung in der Organisation der Konzernleitung
durchführen muss.

Der bisherige technische Oberdirektor, Ingenieur GAUSE, /Protektoratsangehöriger/ ist krank und daher häufig beurlaubt. Er ist nicht in der Lage, die technische Zusammenarbeit der einzelnen Werke sicherzustellen. Im Einvernehmen mit dem Rüstungsobmann, Herrn Präsident Dr. ADOLF, bin ich zu der Ansicht gelangt, dass Herr Direktor Dipl.-Ing. Rudolf M o l a k, bisher Werksdirektor der Ersten Brünnener Maschinenfabriksgesellschaft, der bereits seit dem 7. Juli d.J. für das 38t-Programm bei BMM eingesetzt ist, für die zu besetzende Stelle des technischen Oberdirektors bei BMM geeignet ist.

Ueber Beschluss der Rüstungskommission ist Herr Dipl.-Ing. MOLAK vorübergehend von der Ersten Brünnener Maschinenfabriksgesellschaft beurlaubt worden, wobei Herr Generalmajor HERNEKAMP dem zuständigen Betriebsführer, Herrn Generaldirektor Dipl.-Ing. HOEDL, die Zusicherung gegeben hat, dass der Einsatz des Herrn MOLAK zeitlich begrenzt sei. Ich vermute, dass Herr Generaldirektor HOEDL einem dauernden Einsatz des Herrn Dipl.-Ing. MOLAK bei BMM ablehnend gegenüberstehen wird. Bei dieser Sachlage erlaube ich mir, Ihre Unterstützung, sehr geehrter Herr Staatsminister, zu erbit-
ten. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich für die Freigabe des Herrn MOLAK einsetzen würden.

Ich halte den baldigen Einbau des Herrn MOLAK als technischen Oberdirektor bei BMM auch im Interesse des neuerdings von Herrn Hauptdienstleiter SAUR befohlenen beschleunigten Hochlaufs des 38t-Programms für erforderlich, damit die enge Zusammenarbeit aller Werke der BMM, da sie sämtlich am 38t-Programm beteiligt sind, umgehend gewährleistet wird.

S. M. IV 11 - 712 / 44

25

Dipl.-Ing. MOLAK ist Pg und als Sudetendeutscher mit den Verhältnissen des Raumes Böhmen und Mähren vertraut. Er beherrscht die tschechische Sprache, ist langjähriger Werkstättenfachmann und Leiter für technische Rationalisierung bei Herrn Präsident Dr. ADOLF, ferner Bezirksbeauftragter des Hauptringes Maschinenelemente beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion. Dipl. Ing. MOLAK bietet mir jede Gewähr, dass er die geschilderte wichtige Stellung als technischer Oberdirektor bei BMM voll und ganz ausfüllen wird.

Gleichfalls im Einvernehmen mit dem Rüstungsobmann habe ich für die Leitung des neu zu bildenden Gefolgschaftsamtes und die Sozialbetreuung sowie die Leitung meines Sekretariats und der dort bearbeiteten Verwaltungsangelegenheiten Pg Dipl.-Ing. STEINSDORFER gewonnen, der seine Funktion am 31. August d. J. übernehmen wird.

Falls gewünscht, stehe ich Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister zu einer mündlichen Aussprache jederzeit zur Verfügung.

Heil Hitler !
Ihr sehr ergebener

G. Böhm.

84

7, Bennett: Ein Original eines am

44. Okt. 1844.

2/ Ein Original.

1/

2/ 9 44



14455